

Söeliker

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale.

Mit den Beilagen:

„Der rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“
„Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“
„Tribüne“, „Der Jungprolet“

Druckort: Berlin, am Neuen Markt 10. Druck- und Verlagsanstalt: „Die Arbeiter-Zeitung“.

Verleger: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, am Neuen Markt 10. Redaktion: Berlin, am Neuen Markt 10.



KARL LIEBKNECHT

Der Dolchstoß in den Rücken der Revolution!

Zum achten Jahrestage des Mordes an Karl, Rosa und den tausenden namenlosen proletarischen Kämpfern!

Berlin, 15. Januar.

Am 30. Oktober 1923 sagte der ehemalige kaiserliche General Seeck in dem sogenannten Rindner'schen Briefe unter sich und anderen Personen von den prominenten sozialdemokratischen Führern a. a. er habe am 10. November 1918, also einen Tag nach dem Tode der Arbeiter- und Soldatenräte, dem damals noch Oberbefehlshaber und Führer der Sozialdemokratischen Partei, Ebert, ein Mandat zur Verwirklichung einer neuen Verfassung gegeben, und sei damit einverstanden gewesen, daß zwei Divisionen in Berlin einmarschieren, und zwar — wie er ausdrücklich hinzufügt — mit Maxen (Munich).

Wenige Tage später lagen die ersten Toten, revolutionäre Arbeiter und Matrosen, auf dem Straßensplan Berlin — Blutopfer, mit denen das Mandat zwischen dem sozialdemokratischen Volksbeauftragten und dem wilhelminischen General beigestellt wurde.

Dieses Mandat gegen die revolutionäre Bewegung gegen die Arbeiterschaft, ist der Schlüssel zum Verständnis der sozialdemokratischen Politik. In den beiden bedeutendsten Prozessen in Weimar und München hat sich die deutsche Sozialdemokratie gegen die Behauptung gewehrt, daß sie einen „Dolchstoß von hinten“ gegen das wilhelminische System gefahren habe. Es bemühte sich, den Beweis zu erbringen, daß sie in der „großen Zeit“ ihre patriotischen Pflichten erfüllt habe, daß sie ein Niederlandspartei wie die anderen gewesen sei, die in der entscheidenden Frage: Unterstützung des Völkergemeins, mit dem Kriegsveteranen-Partei an einem Strick gezogen habe.

Und dieser Beweis ist der deutschen Sozialdemokratie vollst. gelungen!

Nein, sie hat das Blutgefäß der Kapitalisten und Junker, den Blutstrom der Militärschicht nicht gelöst. Nicht gegen das sich auflösende Heer Wilhelm II., sondern gegen die Revolution hat sie den „Dolchstoß von hinten“ geführt!

Ebert war nicht der einzige sozialdemokratische Partner

in diesem Mandat zur Verwirklichung der Revolution“. In dem Briefe stand es, daß die von Ebert herbeigeführten Divisionen gegen Spartakus führten und ihnen durch keinen vernünftigen Widerstand abzuwehren. „Einer mußte doch der Blut und sein“, so erklärt er sich in seinen Erinnerungen. Und weil es alle noch einer sein mußte, deshalb übernahm der Sozialdemokrat Noke die Verantwortung für die in allen früheren Revolutionen die in ihrer Herrschaft bedrohte Klasse den Blut und aus ihren eigenen Reihen holte. Noke war es, der die wilhelminischen Offiziere wieder lief, die vor Weimar brannten, dem Vöbel mit der roten Fahne den Schwelb einzuführen. Unter dem Kommando des Marschalls, Major Stephan, löst ein schlagender Dohenschrei gegen die Revolution!

Aber nicht nur diese beiden standen Schulter an Schulter mit der Konterrevolution. Die ganze Führerschaft der ersten so stolzen und bedeutenden Sozialdemokratie marschierte im Kurs der Ebert-Grüner, Noke, Neben dem Scheidemann, seine Bauer und seinen Fidler, der im „Vorwärts“ dem sozialdemokratischen Zentralorgan, zur Ermordung von „Karl, Rosa, Nabel und Rumpel“ aufrief, neben diesen waren es die kleinen Partei- und Gewerkschaftsführer in den Provinzen, die mit halben „Ordnung“ zu schaffen.

15.000 ermordete deutsche Arbeiter, unter ihnen die tapfersten und edelsten Namen, sind die Marksteine am Wege dieser „Ordnung“, sind ein Beweis dafür, wie ernst es den Führern der deutschen Sozialdemokratie mit dem „Mandat zur Verwirklichung der Revolution“ war!

Was in den November- und Januarlagern der Jahre 18 und 19 begann, das hat die deutsche Sozialdemokratie bis in die letzten Wochen mit unerbittlicher Gradlinigkeit fortgesetzt. In Konsequenz dieses geschlossenen Bündnisses gegen die Revolution wurden die großen Märzstreiks im Frühjahr 1919 abgelehnt, zerstückt, zerschlagen mit dem trügerischen „Vielefelder Abkommen“, die rote Armee der Arbeiter nach dem Rappultsch 1920, ließ Höring im März 1921 die Sipo gegen die mitteldeutschen Proleten marschieren, traten

die Dittsching, Zimmern im Jahre 1923 zur Rettung des bürgerlichen Staates in die Zuchterregierung ein.

Und im revolutionären Stedemoment des Jahres 1923, als im Chaos der Inflation und des Ruhrkrieges das lastvolle Staatengebäude ins Wanken geriet und selbst ein Streikmann von dem „letzten bürgerlichen Reichstag“ sprach, da war es wiederum Ebert, der Bundesgenosse Grüner's, der dem anderen wilhelminischen General Seeck und keine Reichswehr die unumschränkte Diktatur in dem angeblich demokratischen Deutschland übertrug, die Einstellung der Heimordbanditen als „schwarze Reichswehr“ billigte und die verfassungsmäßige städtische Landesregierung mit Bajonetten davonjagen ließ. Wieder, wie schon einmal noch dem November, hatte Ebert damit den deutschen Kapitalismus gerettet!

Diese ihre Politik gegen die Arbeiterschaft hat die Führerschaft der deutschen Sozialdemokratie bis in die letzten Wochen konsequent fortgesetzt. Bei der Reichspräsidentenwahl führte sie ihre Millionenstimmen dem Kandidaten der Zentrumspartei, dem Herrn Marx zu. Vor wenigen Tagen war es Paul Lobe, der durch sein Eintreten für die Zustimmung zu den Locarnoverträgen die Deutschnationalen aus großer Verlegenheit rettete, ihnen eine billige Scheinopposition gestattete, die Verbindung mit dem kaiserlichen Joll- und Steuerkurs verhinderte und dem arbeitserfindlichen Reichstag vom Dezember 1924 das Leben auf unbestimmte Zeit verlängerte.

All das liegt auf derselben Linie! Das „Mandat zur Verwirklichung der Revolution“, d. h. der Arbeiterschaft, ist keine geschichtliche Erinnerung, die der Vergangenheit angehört, sondern eine Tatsache, die heute noch wirksam ist und der gesamten sozialdemokratischen Politik ihren Stempel aufdrückt.

Von der Ermordung Karls und Rosas bis zur sozialdemokratischen Politik der Stützung der Bourgeoisie und der Verhinderung jedes einheitlichen proletarischen Kampfes ist ein gerader Weg, ein Weg, der für die deutschen Werktätigen ins Verderben, in Rechtlosigkeit, Elend und Hunger geführt hat!

Der Kampf um den Sozialismus

Zur Erinnerung an den 15. Januar 1919

Von Ernst Meyer.

Als Noke in den ersten Januarlagern die monarchistischen Offiziere, darunter ehm. Hohenzollernprinzen, rief, um seine weißen Gardien zum Kampf gegen Spartakus zu führen, da verkündeten Tausende von Unternehmern, die zahlte Plakate, daß die Kommunisten nichts anderes als Räuber und Mörder seien. Und die sozialdemokratische Bezirksleitung der SPD für Groß-Berlin besetzte sich in einem offiziellen Aufruf zu erklären, daß es sich nicht um die Bekämpfung einer politischen Idee, sondern um die Ausrottung von verurteilten Missetätigen und Mörder handle. Diese Verleumdung war ein Eingeständnis des eigenen Scheiterns. Die SPD, die angeblich den besten Weg zur Verwirklichung des Sozialismus kannte, fand kein anderes Mittel, die junge kommunistische Bewegung zu überwinden, als die Niedererschlagung der kommunistischen Mitglieder und Anhänger.

Was für stredliche Dinge verlangten eigentlich die Spartakisten? Ein Blick in das Programm des Spartakusbundes vom Dezember 1918, das zugleich das offizielle Parteiprogramm der eben gegründeten kommunistischen Partei Deutschlands wurde, enthält in einer Anlehnung an das kommunistische Manifest von Marx und Engels eine Reihe von Forderungen, deren Verwirklichung die ersten Schritte auf dem Wege zum Sozialismus darstellt.

Es hat heute besonderes Interesse, daß als erster Punkt der nächsten wirtschaftlichen Forderungen des Spartakus-Programms erscheint: die Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte!

Scheidemann hat vor wenigen Wochen in einer Berliner Arbeiterversammlung behauptet, daß die revolutionären Arbeiter-Berliner die entschuldigende Entzignung der ehemaligen Fürstenthümer verhandelt hätten. Nun, dieser erste Programmwunsch des Spartakusbundes beweist das Gegenteil. Dagegen stellte sich die sozialdemokratische Regierung während der Befreiungskämpfe über zur Abhaltung gezwungenen Fürsten. Es ist daher kein Wunder, daß ein Prinz von Hohenzollern als Adjutant des Majors von Stephan sich zum Kampf gegen Spartakus und für die Wiederherstellung des „Vorwärts“-Gebäudes zur Verfügung stellte. Dieser Prinz war, dem „Vorwärts“ aus den Händen der revolutionären Arbeiterschaft der Sozialdemokratie wiedergeben, bedeutete zugleich, den Hohenzollern das formell beschlagnahmte „Eigentum“ zurückzugeben.

Punkt 1 der Forderungen des Spartakusprogramms auf politischem und sozialen Gebiete lautet: Abschaffung aller Einzelstaaten, einheitliche deutsche sozialistische Republik. War das eine Forderung, die vom sozialdemokratischen Standpunkt aus als unerfüllbar bezeichnet werden konnte und mit Waffengewalt verhandelt werden mußte? Diese Forderung stand ähnlich auch im ersten Programm der SPD. Wenn Noke diejenigen, die diese Forderung verwirklichen wollten, als Mörder und Mörderer bezeichnet, dann bewies er damit nur, daß die SPD im Interesse bürgerlicher Eliten an dem Glanz des Reichsaufwandes und an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung festhalten wollte. Der Kampf der weißen Gardien gegen Spartakus galt auch hier der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Reaktion.

Als erster Punkt der sozialistischen Maßnahmen zur Sicherung der Revolution forderte das Spartakusprogramm die Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere und die Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen. Ebert und Noke aber wollten die Entwaffnung der proletarischen Soldaten, und deshalb bewaffneten sie die Bourgeoisie. Der kommunistische SPD, und über die Nord- und Rheinprovinz hinaus der monarchistischen Verbände. Er ließ aber bei

die Entstehung dieser Organisationen erst ermöglicht und dem Proletariat die Abwehr unmöglich gemacht.

Alle Punkte des Spartakusprogramms waren durchaus verwirklicht, wenn die SPD und die USV. sich zusammen mit der SPD dafür eingesetzt hätten. Die Sozialdemokratie aber für die anarchoistische Vorschläge, über utopische Pläne und über Herabwürdigung der hehren Ideale revolutionärer Bewegungen zu reinen Lohn- und Magenfragen. Darin war sie ganz einig mit dem Bürgerum, das damals noch nicht wagte, offen aufzutreten, sondern sich vielmehr hinter der Sozialdemokratie verbarg. Und die Sozialdemokratie hat die Rolle als Befürworter des Bürgerums bis zur letzten Konsequenz gespielt. Die Bourgeoisie Frankreichs ging nicht während und bratler gegen die Pariser Kommune vor, als es die Sozialdemokratie im Auftrag des deutschen Bürgerums gegen Spartakus tat. Noch kürzlich rühmten sich die Welt, Kuttner und Scheidemann im Münchener Dolchstoßprozeß ihrer Verdienste um die Erhaltung des Kapitalismus. Mit welchem Haß und welcher Verachtung haben Marx und Bebel, die Väter der deutschen Sozialdemokratie, von den tierischen Greueln der Bourgeoisie gegen die Pariser Kommunisten gesprochen! Deutsche Sozialdemokraten wie Kuttner aber sind stolz darauf, mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiterfront gekämpft zu haben, und sie haben auch bewußt die Verantwortung für die Greueln gegenüber selbst wehrlosen Arbeitern übernommen, „den ersten Mord der Blutspur“, sagte Noke am Beginn der Januarlage 1919.

Diesem edlen Entschluß Nokes fielen auch die Besten aus der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, zum Opfer.

In ihrer proletarischen Moral und der Reinheit ihres sozialistischen Willens konnte niemand zweifeln. Aber trotzdem gab sich der „Vorwärts“ dazu her, durch die Berle Fidler nach ihrem Blute zu säugen, und es war nur eine Willensnotwendigkeit sozialdemokratischen Hahnes, als eine Herde im Weltkrieg verrohter Offiziere und Soldaten unsere beiden Führer niederzuschlagen. Die kommunistische Idee konnte allerdings durch diese Schläge, so hart sie auch die ganze kommunistische Partei traf, nicht getötet werden! Die keine kommunistische Partei ist, trotzdem man sie jahrelang machte, gewachsen, und die Forderungen, die zum ersten Male im Spartakusprogramm formuliert wurden, sind heute lebendig in Millionen von Arbeitern. In den Reihen der sozialdemokratischen Mitglieder selbst regt sich heute immer stärker der Zweifel, ob nicht doch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht recht gehabt haben.

Der Weg der Deutschen Republik vom Januar 1919 bis zum Januar 1926 ist eine in offenkundige Bestätigung der Voraussetzungen der Kommunisten, als daß nicht immer größere Scharen des deutschen Proletariats zu der kommunistischen Ueberzeugung von dem Bankrott der bürgerlichen Demokratie gelangen sollten.

Aus Liebknecht's Reden

Die Aufgaben der deutschen Arbeiter.

„Und nach dem Kriege wird, wie während des Krieges, ja, in noch höherem Maße aber doch unerschütterlich — Deutschland der Schicksal — und Angehöriger der internationalen Lage sein, besonders für die revolutionäre Entwicklung. Die Pflicht des deutschen Proletariats ist es, die Welt zu retten — und es wird nur in keine Schuld führen können. Vor den künftigen Geschlechtern aber wird das deutsche Arbeiter-Verständnis und Bewußtsein sein, der die Pflicht nicht erlosch und erfüllt. In einzelnen und unzerstörten Aufgaben sein.“

1. Unter Jagrabelegung der nach dem Krieg vorhandenen politischen Schichten und ihrer wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen in jedem Lande die Anhänger zu sammeln, zu organisieren, im Geiste mit aller Kraft und den wirksamsten Mitteln (ohne Rücksicht auf Geschlechter?) Klassenorganisation und Organisation zu betreiben.

2. Vom Boden der nach dem Kriege vorhandenen staatlichen Gebilde, imperialistischen Komplexe, kapitalistischen Weltbeziehungen ausgehend, die proletarische Internationale als Zusammenfassung der vom Geiste des revolutionären Internationalismus erfüllten Proletarier aller einzelnen Länder, als den Träger des internationalen Klassenkampfes, wiederherzustellen.

3. Die nach dem Kriege vorhandenen, sozialen, wirtschaftlichen, und politischen Massenbewegungen für Organisation und Kampf in allen Ländern auszunutzen.

4. Die nach dem Kriege vorhandenen nationalen Gegensätze durch Umkehrung möglichst auch in den Dienst des internationalen Klassenkampfes zu stellen, oder doch für diesen Kampf möglichst unschädlich zu machen.

5. Den internationalen Klassenkampf in allen Ländern auf allen Gebieten mit aller Schärfe zu führen, dabei die spezielle antimilitaristische Arbeit (Agitation und Organisation) in den militärischen und nichtmilitarischen Massen mit besonderem Eifer zu betreiben.

6. Bei alledem den Hauptnachdruck auf Deutschland zu legen: Die deutschen Massen müssen vor allem gewonnen und vorangebracht werden.

7. Nach den Bedürfnissen, wie sie durch die Aufgaben zu 1-6 diktiert werden, die verräterischen, unzuverlässigen, falsch orientierten und schwächlichen (nicht aktionsfähigen) Strömungen im Proletariat zu bekämpfen.“

(Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze, S. 196.)

Rosa Luxemburgs Wahnungen

Diktatur und Demokratie.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnflane neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren; dort wo die millionenförmige Proletariatsmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schweißigen Faust ergreift, um sie wie der Gott-Lor der herrschenden Klasse auf Haupt zu schmettern; dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist! (Rosa Luxemburg, „Was will der Spartakusbund?“)

Bürgerkrieg und Klassenkampf.

Der Bürgerkrieg, den man aus der Revolution mit angeltlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gebante, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche Kleinbürgerliche Illusion. (Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ vom 20. 11. 1918.)

Parlamentarismus und Revolution.

Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht des Proletariats war ebenso für Marx und Engels zu allen Zeiten außer Zweifel. Und es blieb fernhalten vorbehalten, den Hauptbestand des bürgerlichen Parlamentarismus für das bewußte Organ zu halten, wodurch die gewalttätige, weltgeschichtliche Umwälzung: die Ueberführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen Formen in sozialistische vollzogen werden soll. (Rosa Luxemburg: Gegen den Reformismus, Bb. 3 der gesammelten Werke.)

Die erste Revolution in Rußland.

Es dauerte eine Ewigkeit — wenigstens gemessen an der revolutionären Ueberzeugung und an den Qualen des russischen Volkes — bis unter der Jahrhundert alten Eschade des Absolutismus das Genie der Revolution zur hellen Höhe entfaltete wurde. Es mag und wird jeder eine ganze lange Periode furchtbarer Kämpfe dauern, mit abwechselnden Steigen und Niedergängen des Volkes, die unzählige Opfer kosten, bis die mordlustige, noch in ihrem Berenden kaiserliche Bestie des Absolutismus endgültig niedergebissen wird. Wir müssen uns auf eine noch Jahren nicht nach Tagen und Monaten zählende Revolutionsepoche in Rußland gefaßt machen, ähnlich der großen französischen Revolution. (Rosa Luxemburg: Die Revolution in Rußland, „Gleichheit“ Nr. 3, vom 8. 2. 1905.)

Die englischen Besatzungstruppen haben gestern...

Nach der Niederlage des russischen Besatzers...

Die englischen Besatzungstruppen haben gestern...

Zerwickendliche Stab'kraft gebildet

Berlin, 14. Januar. Heute wurde in Offen die Gründung...

Um die Verschlechterung des Reichsknappschaffsgelezes Reichstag berichtet

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. Januar.

Die Donnerstagtagung des Reichstages wurde mit Neben...

Genosse Schwann erinnert an die unglücklichen Versprechungen...

Die Unternehmer haben die Absicht, zugleich mit der Verschlechterung...

Das Knappschaffswesen hat bei den Kämpfen der Bergarbeiter...

Nachdem noch Reichsarbeitsminister Brauns verurteilt hat...

Luther bildet seine Regierung

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. Januar. Luther verhandelte...

heute mit den Führern der Demokraten, des Zentrums und...

Wie Wilms ermordet wurde

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. Januar. In der „S. 3. am...

Mittag“ enthält ein ehemaliger Angehöriger der Schwarzen...

Schäber'heit

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. Januar. Heute sollte vor dem...

Großen Schöffengericht in Berlin der große Schäberkorruptions...

Der Fürstenstandal geht weiter

Die Regierungen schlafen

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. Januar.

In Brann bei Donnerstagtagung des Reichsausschusses...

1. Ist der thüringischen Regierung etwas darüber bekannt...

2. Ist die thüringische Regierung gewillt, die notwendigen...

Der zufällig hinzukommende Reichstagsabgeordnete und Minister...

Die Auseinandersetzung in Anhalt

Durch Vertrag vom Juni 1919 erhielt das Herzoghaus an...

Der Vertreter der anhaltischen Regierung gibt die Erklärung ab...

Die Abfindung in Waldeck

Das fürstliche Haus in Waldeck hat das Schloß Pyrmont...

An das fürstliche Haus Waldeck, eine Nebenlinie (!) fiel das...

700 Prozent Fürstenaufwertung

Dem Großherzog von Mecklenburg wurden folgende Domänen...

Verdächtig Schweigen

Die Oldenburger Landesregierung hat ihre Mitteilungen an den...

Ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Einheit der Gewerkschaften

Die Verschmelzung des Deutschen Schiffahrtsbundes mit...

Aufruf an die deutschen Seeleute!

Das, was die Besten unter euch seit Jahren erkämpft...

Deutscher Verkehrsband

Mit vollen Rechten und unter Anrechnung aller im...

Die unterzeichneten Organisationen erwarten, daß die...

außerordentlich große Privatvermögen des Oldenburger Großherzogs...

Die Auseinandersetzung in Schaumburg-Lippe

Der Fürst von Schaumburg-Lippe war vor dem Abzug...

Württemberg sabotiert

Die württembergische Wäfflerregierung hat es nicht für...

„Vollentscheid über Fürsteneinteilung ist Roh!“

Der Sekretär des ADGB, Körpel, für das Privat...

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. Januar.

Am Mittwoch und Donnerstag wählte eine Delegation des...

Die Stellungnahme des ADGB

Bei ihrer Vorprache beim ADGB wurde die Delegation durch...

„Die Fürstenaufwertung ist eine politische Angelegenheit...

„Was die Fürsten an Privatvermögen besitzen haben, steht ihnen...

Zum Schluß erklärte Körpel, ihm sei es ganz Wurst, was die...

Storischen Zerrissenheit. Anstatt den gemeinsamen Feind...

Das muß sich ändern und das wird sich ändern, wenn...

Ihr Seelente habt die Aufgabe und die Pflicht, diesem...

Nur, wenn ihr selber die Energie entfaltet und den...

Deshalb härt eure Organisation durch Eintritt in die...

Wir begrüßen den Schritt. Wann werden die Führer...

Die Hitze in Göttingen

Die für die letzten Jahre... Die Hitze in Göttingen... Die Hitze in Göttingen...

Der Wein... aber nicht... Die Hitze in Göttingen...

Die... aus... Die Hitze in Göttingen...

Werschk... Die Hitze in Göttingen...

Bunzlau... Die Hitze in Göttingen...

Görlitz... Die Hitze in Göttingen...

Schm... Die Hitze in Göttingen...

Sattm... Die Hitze in Göttingen...

Goldberg... Die Hitze in Göttingen...

Woslau... Die Hitze in Göttingen...

Reiche... Die Hitze in Göttingen...

und in die... Die Hitze in Göttingen...

Wann... Die Hitze in Göttingen...

Der... Die Hitze in Göttingen...

Hundert... Die Hitze in Göttingen...

7000... Die Hitze in Göttingen...

Verantw... Die Hitze in Göttingen...

Todesanzeige... Göttinger... Hans Lichte und Frau.

Feinste Goldberger... K. S. Schindler.

1 Inseraten-Akquisiteur... für sofort gesucht.

Uhren-Rep.-Werkstatt... Rud. Offelmann, Sonnenplan 2.

Otto Kuss, Görlitz... Vorteilhafte Einkaufsquelle.

Goldner Löwe... Jeden Mittwoch Sonnabend und Sonntag JAZZ-BALL.

Jeden Mittwoch... Otto Gottschall.

Zu fabelhaft billigen... Bruno Schultze.

Zur Feinbäckerei... Weizenmehle.

Restaurant „Goldner Baum“... Gemüthlicher Familien-Anhalt.

Ihr Fahrrad... GUSTAV KLEIST.

Herren- und Knaben-Konfektion... B. Adernann.

F. Usemann... Destillation u. Weinhandlung.

Stiefel... Otto Gottschall.

Paul Kirche... Lebensmittel jeder Art.

Bettstell. mit Matratzen... Schubert.

Arbeiter... Max Schmidt.

Max Schmidt... Fernruf 2292.

Pfeiffers Bierstuben... Langenstraße.

Arbeiter!... Gustav Schö.

Glasarbeiten... Josef Gosslich.

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der SPD.

Auflösung der italienischen Genossenschaften

Die Genossenschaftler in Bulgarien hatten neben den übrigen Arbeiterorganisationen auch den bulgarischen Arbeiter-Genossenschaftsverband aufgelöst. In Ungarn, Polen und anderen Ländern sind die Genossenschaften durch die faschistischen Verbände zerlegt und unterdrückt worden. Seit den drei Jahren faschistischer Herrschaft in Italien ist eine ständige systematische Vernichtung der Genossenschaften, die Verhaftung ihrer Funktionäre, das Niederbrennen ihrer Bestände, das Ausrauben ihrer Lager usw. betrieben worden. Jetzt hat die Mussolini-Regierung den Zentralverband der italienischen Arbeitergenossenschaften „Lega nazionale“ ganz aufgelöst. Die 6000 Genossenschaften des Verbandes waren bis auf 1000 durch die Herrschaft der Faschisten herabgemindert worden. Die restlichen 1000 Genossenschaften sind jetzt aufgelöst, ihr Vermögen ist konfisziert und die Mussolini-Regierung hat sich die Mühe, es zu veräußern, um den faschistischen Genossenschaften damit Hilfe zu bringen.

Als im März 1924 die Janow-Regierung den bulgarischen Genossenschaftsverband auflöste und seine Arbeitergroßen beschlagnahmte, stimmten die Reformisten aller Schattierungen in das Geschrei der Janow-Regierung ein, daß die Auflösung nur erfolgt sei, weil der Verband kommunistisch eingeleitet wäre und sich am Aufstieg beteiligt habe. Selbst der sozialdemokratische bulgarische Genossenschaftsverband hat sich an diesem verbrecherischen Treiben mit den übrigen Genossenschaftsreformisten beteiligt, um eine Aktion der Genossenschafts-Internationalen zu verhindern. Die gegen die bulgarischen Arbeitergenossenschaften erhobenen Anschuldigungen über die Teilnahme am Aufstieg usw. waren zwischendurch übertrieben, um die Auflösung des Verbandes zu „rechtfertigen“. Aber eines war richtig: Der bulgarische Arbeiter-Genossenschaftsverband war mit der gesamten Arbeiterklasse eng verbunden und hat dem proletarischen Klassenkampf alle notwendigen Dienste geleistet.

Die italienischen Genossenschaften waren durchaus reformistisch und haben die Interessen der Arbeiterklasse ständig verteidigt wie das die deutsche sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie tut. Aber auch all diese Liebedienerei vor der italienischen Bourgeoisie hat ihnen nichts genützt. Der Bankrott des Genossenschaftsreformismus wurde durch Mussolinis Tat deutlich bewiesen. Die reformistischen Genossenschaftsorganisten mühen sich so über ihre Liebedienerei, ihre „Neutralität“ usw. der Bourgeoisie Verschönerungen abzugeben, auch das wird sie nicht vor dem Galgen retten — wenn es die Bourgeoisie für notwendig hält. Nur daß der Reformismus sich den Galgen selber aufrichtet, an den er aufgehängt wird. So also sehen die „Erfolge“ der arbeitserfindlichen Politik der Genossenschaftsbürokraten aus.

Die Genossenschafts-Internationalen hat sich monatelang von der Mussolini-Regierung nachsehen lassen. Seit langem war beschlossen, eine Delegation nach Italien zu entsenden, die die Lage der italienischen Genossenschaften untersuchen sollte. Mussolini verweigerte die Einreiseerlaubnis und der Internationale Genossenschaftsbund (IGB) ließ sich damit abfinden. Nach der Auflösung der italienischen Genossenschaften hat sich der IGB an die Mussolini-Regierung mit einem Telegramm gewandt, worin er erklärt:

„Wir wenden uns vertrauensvoll an Ihre Regierung mit der Forderung, der „Lega Nazionale“ in Mailand denselben Schutz zu gewähren, der allen gesetzestreuen Bürgern gewährt wird.“

Die Forderung des IGB, sieht also nicht einmal den offenen Bankrott ihrer Politik an dem italienischen Beispiel ein, sie versucht mit ihren unzulänglichen Mitteln weiterhin an „Gerechtigkeit“, „Vernunft“ und „Gesetzlichkeit“ zu appellieren. Bei Mussolini werden sie damit bestimmt „Erfolg“ haben.

Die Note Genossenschafts-Internationalen hat am 24. November in einem Telegramm an den Internationalen Genossenschaftsbund vorgebracht, daß die Allianz sofort eine gemeinsame Aktion zur Verdrängung der Genossenschaften und Genossenschaftler Italiens organisieren soll. Zu diesem Zweck solle sofort eine internationale Konferenz von Vertretern der Arbeitergenossenschafts-Internationalen, der Proleten und der Genossenschafts-Allianz einberufen werden zur gemeinsamen Ausarbeitung von Maßnahmen gegen den Faschismus. Auch der russische Genossenschaftsverband hat diese Forderung unterstützt.

In Prag fand am 1. Dezember eine große Genossenschafts-Konferenz der italienischen Genossenschaften statt, die vom IGB die Organisierung eines Boykotts über die italienischen Waren veranlaßt. Die deutschen Genossenschafts-Instanzen in Hamburg haben — außer einem tendenziösen Artikel in der Presse — sonst in keiner Weise die Protestaktion gegen die Auflösung der italienischen Genossenschaften aktiv unterstützt. In allen Konsumvereinen, Gewerkschaften und übrigen proletarischen Organisationen müssen die klassenbewußten Genossenschaftsmitglieder das Verhalten der deutschen Genossenschaftsbürokratie brandmarken und die Forderung der IGB, auf sofortige Einberufung einer gemeinsamen internationalen Konferenz ausstellen. Denn nur durch die gemeinsamen organisierte Abwehrfront aller proletarischen Organisationen kann es gelingen, der faschistischen Herrschaft einen Damm zu setzen und eine großzügige Unterstützungsaktion für die italienische Arbeiterklasse zu organisieren, die ihr ermöglicht, die faschistische Herrschaft niederzutampfen.

SPD-Genossenschaftler wählen Kommunisten

Schon bei der Forderung auf Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland und den Kampfmaßnahmen gegen die Feudern sind in den letzten Generalversammlungen sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Genossenschaftsbürokratie aufgetreten. In der Generalversammlung des Konsumvereins Hohenmölsen wurde ein Kommunist in den Aufsichtsrat gewählt, obwohl die Kommunisten in der Generalversammlung in der Minderheit waren. Der sozialdemokratische Aufsichtsratskandidat kam bei der Wahl nicht durch, da selbst sozialdemokratische Genossenschaftler für den Kommunisten „intrat“. Die SPD-Bekämpfung der „Vollstöße“ ist darüber ganz kassungslos und schreibt: „Es ist klar bedauerlich, daß unsere eigenen Genossen einen Vorkampf, der von der SPD ausging, noch befürworteten.“ Wie schrecklich auch für die sozialdemokratische Bürokratie, wenn die Konsequenz der eigenen Mitglieder bereits soweit geht, daß sie in kommunistischen Arbeiter ihre Interessensvertreter erblicken und ihrer eigenen Parteibürokratie den Saupfaß geben? Dieses Beispiel zeigt erneut, daß in der Arbeit unter den Konsumvereinsmitgliedern ein wesentlicher Unterschied zwischen der Genossenschaftsbürokratie und den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern, die sich zum Teil noch unter ihrem Einfluß befinden, gemacht werden muß.

Kampff weiter für einen Reichs-Rahmentarif

Die Genossenschaftsbürokratie hat ihr Ziel im Kampf um den Tarif vorläufig erreicht. Der Nahrungsmittel- und Genußmittelarbeiterverband und der Transportarbeiterverband haben zum Teil Bestätigungen, zum größten Teil Tarife mit den einzelnen Konsumvereinen abgeschlossen und die Forderung auf Abschluß eines neuen Reichsrahmentarifs fallen gelassen.

Die Genossenschaftsbürokratie macht bekannt, daß Bestimmungen in den Rahmentarifen, daß die Tarife „bis zum Abschluß neuer Reichsrahmentarife“ bestehen, ungültig seien. Es gäbe keine Instanz, die „befugt und bevollmächtigt“ wäre, neue Reichsrahmentarife abzuschließen.

Schon auf dem Genossenschaftstag in Stuttgart war außer der kommunistischen auch eine größere Opposition unter den sozialdemokratischen Delegierten vorhanden, die sich mit dem Vorgehen der Zentralinstanzen beim Abschluß der Tarife nicht einverstanden erklärten. Auch durch die Preisgabe der Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Genossenschaftsbetrieben, des Nahrungs- und Genußmittelverbandes und des Verkehrsverbandes dürften sich die proletarischen Konsumvereinsmitglieder nicht verwirren lassen. Die Arbeiter und Angestellten der Genossenschaftsbetriebe müssen gemeinsam mit den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern die Opposition gegen die Tarifpolitik des Zentralverbandes in Form von Organisations- und baldmöglichst die Forderung durchzusetzen, daß neue Reichsrahmentarife abgeschlossen werden.

Kartellverhältnis mit den Kleinbauern-Organisationen

Der Reichsbund der Kleinbauern, die frühere Arbeitergenossenschaft der schaffenden Landwirte, Pächter und Siedler, ist an alle Kleinbauernorganisationen mit dem Vorstoß herangetreten eine einheitliche Kartellverbindung des Reichsbundes zu bilden und ein Kartellverhältnis mit den Genossenschaftsbürokratie herzustellen. Durch die Einheitsaktion sollen die Kleinbauern vom Landbund losgerissen und der Kampf gegen die Politik des Landbundes wieder aufgenommen werden. Der Reichsbund der Kleinbauern hat zu diesem Zweck eine Kartellverbindung mit den Kleinbauernorganisationen eine gemeinsame Kartellverbindung herzustellen, die die allgemeine Kartellverbindung der wertvollen Bauern,

Pächter und Siedler und die Mittel des Kampfes behandelt werden sollen. Das Kartellverhältnis mit den Genossenschaftsbürokratie und Genossenschaftsbürokratie soll vor allem zum gemeinsamen Vorgehen gegen die großen Trusts und Konzerne, gegen den Bankrott, gegen die Steuerungsbedürftigkeit, für ausreichende Ziehung, Nachschub und dergleichen geschaffen werden.

Die Arbeiterkonsumvereine müssen das Vorgehen des Reichsbundes der Kleinbauern auf das Lebhafteste begrüßen als einen Schritt zur Herstellung der Einheitsfront zwischen den schaffenden Bauern und der Arbeiterklasse. Der Hamburger Zentralvorstand muß sich sofort mit den Kleinbauernorganisationen in Verbindung setzen und aktiv für die Verwirklichung des vorgeschlagenen Schrittes eintreten. Die lokalen Konsumvereine müssen jetzt die Lösung der Kleinbauernorganisationen freudig aufgreifen und liberall mit den in ihrer Nähe befindlichen Kleinbauernorganisationen bereits in lokalen Rahmen das Kartellverhältnis herstellen. Die kommunistischen Genossenschaftler haben alle Kräfte einzusetzen, um die lokalen Genossenschaftler und den Zentralverband zu diesen Schritten zu zwingen. Insbesondere muß jetzt wieder erneut die Forderung des direkten Warenaustausches der schaffenden Bauern mit den Arbeiterkonsumvereinen aufgestellt und durchgeföhrt werden.

Für die Fürstenenteignung

(Arbeiterkorrespondenz)

In bitterster Not leben die Erwerbslosen mit ihren Familien von ihrer sorglichen Unterstützung. Für sie hat der Staat kein Geld.

Über den fürstlichen Deserteuren sollen jetzt Millionen in den Haagen geworfen werden. Ein Sturm der Entrüstung der arbeitenden Massen muß diesen Raub am Volkswortgen verhindern. Alle Arbeiterorganisationen müssen sofort gegen diesen Millionendiebstahl mit aller Kraft kämpfen.

Die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine müssen ihre Instanzen zwingen, sich sofort mit der SPD zusammen an der Herbeiföhung des Volksentwurfes zu beteiligen, da der Staat für die Arbeiterkonsumvereine kein Geld zu Krediten übrig hat, es jetzt aber an die ehemaligen Fürsten verstreut wird.

Jeder einzelne Konsumverein muß sich an der Arbeit der lokalen Komitees zur agitatorischen und organisatorischen Vorbereitung der Fürstenenteignung beteiligen, um diesen unerhörten Raub zu verhindern.

Alle klassenbewußten Genossenschaftler zwingen die Bürokratie zur Durchführung dieser Maßnahmen!

Unterstützung des Erwerbslosenkampfes

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter steigt täglich. Ein gewaltiges Anwachsen des Erwerbslosentums ist zu erwarten, das sich mit Rettungsmaßnahmen abstellen lassen muß und zum Teil überhaupt keinerlei Unterstützung besteht. Zur Durchföhung der Erwerbslosenvorhaben muß die Kraft aller proletarischen Organisationen einsetzt werden.

Die Arbeiterkonsumvereine werden durch die Erwerbslosigkeit schwer getroffen. Durch das weitere Sinken der Kaufkraft der Arbeiterklasse werden erneute Maßnahmen in den Umhängen der Konsumvereine eintreten, die Einzahlung der Geschäftsanteile wird wieder zurückgehen und die Genossenschaftsbürokratie wird mit erneuter Personalabbau und Sparmaßnahmen beginnen.

Auch der Konsumvereine müssen ihre ganze Kraft für die Unterstützung der Erwerbslosenvorhaben und den Kampf gegen die Wirtschaftskrisen einsetzen. Der Kampf gegen die Hungergefahr und alle lokalen Konsumvereine haben am Kampf

teilzunehmen. Die Erwerbslosen müssen den Konsumvereinen erhalten bleiben. Darum sollen alle Schritte, die die Genossenschaftsbürokratie über ihre erwerbslosen Mitglieder ansetzt, zu den Verteilungsaktionen durch die Konsumvereine und durch die Konsumvereine in erster Linie herangezogen. Die Genossenschaftsbürokratie muß durch die Mitglieder und vor allem durch die Erwerbslosen in Demonstrationen vor den Gebäuden der Instanzen zur Unterstützung der Erwerbslosenvorhaben gezwungen werden.

Konsumvereine fordern eine Genossenschaftsdelegation

Werben sie aufgeführt durch die Klassenjustiz?

Die proletarischen Konsumvereinsmitglieder werden sich mit immer größerer Kraft gegen das antivolkswirtschaftliche Vorgehen der Instanzen des Zentralverbandes. Die Tatsache, daß die Zentralinstanzen in Hamburg noch immer sogar die Geschäftsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften sabotieren — nachdem bereits jahrelang selbst die deutsche Bourgeoisie Geschäftsbeziehungen mit Rußland ausgenommen hat — bringt die Genossenschaftsmitglieder in Bewegung. Diese können nur der einmütigen Auffassung sein, daß ihre Forderung von den genossenschaftlichen Zentralinstanzen nicht fernerhin mit moralischem Getreibe über „Begeleiten“ der russischen Genossenschaften abgetan werden kann.

In den stattgefundenen General- und Vertreterversammlungen vieler Konsumvereine ist die Forderung auf Aufnahme der Geschäftsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften aufgestellt und die Entsendung einer Genossenschaftsdelegation vom Zentralverband nach Sowjetrußland verlangt worden. Während es in einigen Konsumvereinen noch gelang, die Aufnahme der Forderung zu verhindern, wie z. B. in Essen, Berlin, Erfurt, Bunsenhausen usw., ist bereits in den Konsumvereinen Merseburg, Halle, Gotha, Delitzsch, Schwarzwaldb.-Stuhhus, Frankenhäuser usw. die Forderung und zum Teil einstimmig angenommen. Eine große Anzahl mit der SPD sympathisierender Genossenschaftler und sogar sozialdemokratische Arbeiter haben sich der Forderung angeschlossen. Ein Beispiel der Generalversammlung in Frankenhäuser ist dafür sehr interessant. Bei der Wahl eines Vorstandsmitglied wurde ein Kommunist mit 69 gegen 59 Stimmen gewählt. Die Resolution für die Rußlanddelegation wurde aber mit 116 gegen nur 3 Stimmen angenommen. Es hatten also nicht nur die Kommunisten und Sympathisierenden, sondern auch sogar fast alle sozialdemokratischen Mitglieder für die Forderung der Rußlanddelegation gestimmt.

Den Zentralinstanzen wird es schon unheimlich zumute. Sie sind sich sicher durchaus bewußt, daß der schlimmste Punkt ihrer klassenverräterischen Politik die antivolkswirtschaftliche Stellung zu den russischen Genossenschaften ist. Sie fürchten deshalb die Bewegung der Mitglieder massen sehr und unternehmen in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 12. Dezember erneut den Versuch, diese Forderung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Mit kniffliger Dreistigkeit und Habilität erklären sie, daß diese neue Forderung ein „Unfug“ sei und: „die Vereine, die dergleichen dulden, sehen sich der Gefahr des Ausschlusses aus dem Zentralverband und der Auflösung aus.“

Außerdem seien solche Beschlüsse „ganz zwecklos“. Auforderungen der genannten Art sind daher Arbeit für den Papierkorb.

Der Genossenschaftsbürokratie fehlt selbst jeder gesunde Menschenverstand. Die Forderung auf Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland „verflucht“ weder gegen Genossenschaftsregeln noch gegen Satzungen. Bei ihrem hilflosen, hysterischen Geschrei malen sie sogar die „Gefahr“ der Auflösung der Genossenschaften an die Wand. Die Hamburger Zentralinstanzen sind gewiß als Denunzianten aufgefaßt, aber dieses neue Denunzieren wird selbst der Bourgeoisie unerwünscht sein. Denn es findet sich heute in Deutschland kein Klassenrichter, der einen Konsumverein auflöst, weil er die Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland verlangt.

Ob die Aufstellung der Forderungen in den Generalversammlungen „Arbeit für den Papierkorb“ ist, entscheidet gewiß nicht die Zentralbürokratie, die sich noch immer einbildet, daß sie selber der Zentralverband sei. Die Genossenschaftsmitglieder werden darüber urteilen und die Zentralinstanzen wissen sicher genau, daß dieses Urteil anders ausfällt als das übrige. Warum versuchen sie in so feiger Weise jegliche Diskussion über die Frage vor den Mitgliedern zu verhindern? Wir schlagen den Raub, Kaufmann, Völlerei usw. vor, in die Mitgliederversammlungen der Konsumvereine, die die Forderung auf Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland aufgestellt haben, zu gehen und dort den Mitgliedern von der Forderung „absurden“. In allen anderen Konsumvereinen soll die Bürokratie ebenfalls Versammlungen der Mitglieder einberufen und durch Reierate und Korreierate die Entsendung der Genossenschaftsdelegation zur Diskussion stellen. Aber die Entscheidung der Mitgliedschaft ist alleinig und nicht über die Entscheidung der Bürokratie zu stellen. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, daß die Bürokratie zu feige ist, vor den proletarischen Konsumvereinsmitgliedern ihre verräterische Klassenpolitik zu vertreten.

Der erst kürzlich erschienene Bericht der deutschen Arbeiterdelegation bringt auch ein Kapitel über die Leistungen der Konsumvereine in Sowjetrußland, die vollkommen anerkannt werden.

Und über die glänzenden Aussichten für die weitere Entwicklung der russischen Genossenschaftsbewegung heißt es in dem Bericht:

„Die allgemeine Aufwärtsbewegung der Genossenschaftsbewegung in den letzten Jahren zeigt, daß derselben eine große Zukunft bevorsteht und daß das Genossenschaftswesen einer der stärksten Hebel für die Entwicklung zum Sozialismus bedeutet.“

Das schreiben die Delegierten der ersten deutschen Rußlanddelegation.

Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder werden sich durch die neuen Machinationen der Genossenschaftsbürokratie in ihrem Kampf für das Bündnis mit den russischen Genossenschaften nicht hindern lassen. Im Gegenteil, die Propaganda für die Entsendung der Genossenschaftsdelegation muß verzehnfacht werden. In allen Genossenschaftsveranstaltungen wird die Forderung fernerhin und mit aller Energie erhoben. Der Kampf wird so lange geführt, bis die Sabotage der Genossenschaftsbürokratie gebrochen ist und geschäftliche Beziehungen zwischen den deutschen und russischen Genossenschaften und ein wirtschaftliches und volkswirtschaftliches Bündnis herbeigeföhrt sind.

Führer durch die Geschäftswelt für Waldenburg u. Umgegend.

Striegau

Fritz Nowack
Brot- und Feinbäcker
Grabenstraße 28

Schuhwaren-Reparaturwerkstatt
A. FRITSCH
Hohenriederberger Straße 33

Kolonial- und Schmittwaren
Anna Kühler
Graben Nr. 1

Traugott Drieschner
Tab. u. Misp. Delikatessen
Grabenstraße Nr. 15

Kolonial- u. Tabakwaren
Spirituosen
H. Heinze, Wittigstr. 10

Löwen-Drogerie
Arthur & Martin Kalms
Ring 17 Fernsprecher 285

Paul Gloss
Fahrrad-Handlung
und Reparatur-Werkstatt
Grabenstraße Nr. 26

Zigarrenhaus
Carl Hugo Schmidt
Güntherstraße 25

Bau- und Möbel-Tischlerei
Erich Schlemann
Lorenzstraße 31
Obzeitige Zahlungen - Bedingungen

Anton Bogatz
Liegnitzer Straße 3
Kolonial-, Eisen- und Emaille-Waren

Wilhelm Weberlchock
Grabenstraße 8
Fleischerei und Wurstgeschäft

Josef Müller
Graben Nr. 35
Zigarren / Zigaretten / Tabake

Wer bei
M. Wolff
kauft
spart Geld!

Bolkenhain

Rud. Reller Nachf.
Hüte / Mägen / Pelzwaren
Ring 6

Reserviert

M. Holz
Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung
Ring Nr. 26

Carl Raupach
ehemalig Hermann Goretzki
Niederstadt
Kolonial-, Kurz-, Woll- und Wollwaren

Selbstauss Karl Hempel
Freiburger Straße 4
Billigste Bezugsquelle in Seifen-
und Toiletten-Artikeln

Weiß- und Wollwaren
Arbeiterbekleidung
H. Schindler
Ring Nr. 5

Reserviert

B. Berkowitz
Ring
Tuch- u. Modewarenhandlung
Damen-Konfektion

Heinrich Meffert
Bahnhofstraße 3
Kolonial-, Emaille- u. Tabakwaren

Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Willer
Gartenstraße Nr. 26

AUGUST GRUNDMANN
Kramstraße 25
Kolonial-, Schmittwaren und Gamasen

Paul Renner
Jauerstraße 19
Zigarren, Zigaretten, Tabake

HUGO STIEF
Landeshuter Str. 2
Kolonial-, Tabakwaren u. Konfitüren

Jauer

Erich Heriel, Königstr. 1
Hüte, Mägen, Pelzwaren

Reinhold Sandmann
Schlager - Metzger
Hirner Straße 17 - Telefon 119
Mauschler, Herren- u. Damenstoffe

Franz Burschewski, Linden-
str. 11
Strumpfstrikererai - Strümpfe
Wollwaren, Trikotagen, Kurzwaren

J. Ranjowiz
vormals Grifische
Schuhwaren, Arbeiterkonfektion

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Spirituosen
kaufen Sie gut und preiswert bei
B. Landmann, Ring

Roman Donadt, Bolkenhainer
Straße 9
Manufaktur- und Modewaren
Wäsche, Kleider u. Arbeiterkonfektion

Fritz Reinert, Bolkenhainer
Straße 10
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Gottesberg

Weiß-, Woll- u. Kurzwaren
Eustav Fleischer,
Fürstenseiner Straße Nr. 32

Fleisch- und Wurstwaren
Paul Hoffmann
Grüssauer Straße 47

Schuhhaus P. Förster
Bahnhofstraße 1

Fleisch und Wurstwaren
Oswald Rauer
Fürstenseiner Straße 17

Paul Feige, Grüssauer
Straße 4
Kolonialwaren, Konfitüren,
Zigarren- und Spirituosenhaus

Eugen Anders
Kolonialwaren, Tabakwaren,
Spirituosen
Fürstenseiner Straße 34

Alois Kreisel, Mederstr. 13
Kurz-, Woll- und Schmittwaren,
empfehlend als billigste Bezugsquelle

Rothenbach

Josef Menzel, Rothenbach 84
Schuhmacher - Reparaturwerkstatt

Heinrich Wieland, Rothenbach 102
Fahrräder, Motorräder,
Eisenwaren-Handlung u. Reparaturwerkstatt

Karl Wieland
Brot-, Weiß- und Feinbäcker
Dortstraße 102

Hugust Penkert, Rothenbach 101
Kolonialwaren, Kurz- und Emaillewaren
Getreide - Mehl - Futtermittel

Liebau

Josef Kadanik
Wasserstraße Nr. 5
Fleischerei und Wurstgeschäft

Reserviert

Willy Riemann
Wasserstraße Nr. 15
Kolonialwaren

Reserviert

Wilhelm Heinzel
Uferstraße 15
Kolonial- und Tabakwaren

Reserviert

Reserviert

Reserviert

Dalerian Pohris
Zigarrenhaus
Schmiedeberger Straße Nr. 1

Berthold Matzker
Untergraben 7
Kolonialwaren

Helmut Kleya, Photograph
Trautenauer Straße 43
Aufnahme in- und außer dem Hause

Reserviert

Gustav Kallinich
Schmiedeberger Straße 6
Kolonialwaren, Vorkost- und Tabakwaren

Schweidnitz

Fritz Feige, Dampfbäckerei
Reichenbacher Straße
Spezialität Kommißbrot
Niederlage bei Menzler, Köppenstr.
Weizenschrotbrot
und sehr Hausbackenbrot täglich frisch

Wilhelm Dullin
Hohstraße 34
Fahrräder-Ersatzteile
Reparaturwerkstatt

Karl Unruh
Lederhandlung
Köppenstraße

PROL GRUBER, Kaffahut, Hauptstraße 15
Verkauf von
Damenhüten
und Annahme von Reparaturen

Alfred Han, Waldenburgerstr. 7
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Martin Hornig, Herrenstr. 2
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

S. Malucha, Breslauerstraße 6
Kolonialwaren, Feinbäckerei, Gebäckerei

Reserviert

Schuhwaren-Haus
Paul Eicher, Wilhelmplatz 13
Nur Qualitätswaren

August Hörnig, Hauptstr. 6 a
Kolonialwaren - Spirituosen - Tabakwaren

A. Lack
Textilwaren
Hauptstraße 46

R. Ludwig, Hartauerweg 3
Kolonialwaren, Emaille,
Schnittwaren, Spirituosen

Fabig's Salzbrunner Gold
Bestes Trankbrotwein

J. Kranz, Garten
Kolonial-, Tabak- und Schmittwaren

Kolonialwaren- und Telegrafienhandlung
Einrahmung von Bildern
P. Mönig, Hauptstraße 4

R. Franke
Bäckerei, Konditorei und Pfefferkucherei
Hauptstraße 10 a

Robbfeilcherei Fritz Überlchar
Telefon 109

Walleks Nachflg. Max Niedopil
Hauptstraße 12
Kolonialwaren, Tabakwaren u. Zuckerwaren

Altwasser

PAUL MENZEL
Charlottenbrunner Straße 22
Zigarren - Zigaretten - Tabake

Landeshut

Hüte, Mägen, Pelzwaren
Paul Rowalsky
Liebauer Straße Nr. 5

Freiburg

Fritz Wenz, Kolonialwaren und Tabakwaren
Burgstraße 17

Dittersbach

W. Erner, Hauptstraße 205
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Nieder-Salzbrunn

W. Blaschke, Waldenburgerstr. 41
Kolonial- und Tabakwaren / Broten

Weißstein

G. Nitschke, Hauptstraße 65
Kolonial- und Vorkostwaren

Friedland

JOSEF LADEK
Bekleidungs-geschäft
Roseauer Straße 8

Fellhammer

Anton Fochler, Fellhammer-Süd
Schuh- und Lederwaren, Arbeiterkonfektion

Beachten

Sie unsere

Inferenten